

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 210.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Belegpreis für Halle und Bittere 2,50 RM, durch die Post bezogen 3 RM für das Vierteljahr. Die Sallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Belegungen: Halleischer Couriers (tägl. Belegblätter), Hl. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sallesche Zeitung oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Hg., auswärts 30 Hg. Retraum am Schluß der redaktionellen Zeit die Zeile 100 Hg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 87. Hinterhaus, Eingang Nr. Brauhausstr. Telefon 158; Redaktionstelefon 1272. Verleger: Dr. Walter Schenckleben in Halle a. S.

Freitag, 5. Mai 1911.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Telegraf in Halle a. S.

England als Drahtzieher auf dem Balkan.

Bulgarische Studenten haben kürzlich Athen besucht und sind dort sehr freundlich aufgenommen worden; besondere Folgen wird die dort stattgehabte bulgarisch-griechische Verbrüderung jedenfalls nicht haben; 1904 haben sich die bulgarischen Studenten mit den Serben, 1908 mit den Rumänen verbrüder, 1909 sind sie sogar nach Konstantinopel gefahren, um mit türkischen Studenten den Jahrestag der türkischen Verfassung zu feiern, und der Balkanbund ist darum doch nicht zustande gekommen. Als Demonstration gegen die Türkei mag diese bulgarisch-griechische Verbrüderung ganz gut sein, obwohl sie die Türkei auch nicht unbedingt irren wird, aber wenn sich die beiden Staaten einmal wirklich über Makedonien einigen sollten, dann lägen sie sich auch schon in den Spalten. Interessant ist indes folgende Episode während des Besuchs der bulgarischen Studenten in Athen: Der bekannte „Times“-Korrespondent Bourdier lud die bulgarischen Gäste zu einem Bankett ein und erklärte einem Mitarbeiter eines bulgarischen Blattes, daß Penzels über den Besuch sehr befriedigt sei; er selbst glaube, daß eine Annäherung zwischen Griechenland und Bulgarien sehr wohl möglich sei und Griechen und Bulgaren als die beiden zivilisierteren Nationen am meisten Anspruch auf den Besitz der Balkanhalbinsel hätten. In Makedonien sei für beide Völker Raum, die Hauptfrage liege für sie, es feierhalten und Deisterreich am Vormarsche nach Saloniki zu verhindern. Mit dieser Schlußfolgerung hat der inoffizielle Vertreter der englischen Politik wohl die Note aus dem Saal gelassen; dem englischen Standpunkte haben die Balkanvölker überhaupt keine andere Aufgabe, als den englischen Handelsinteressen zu dienen. Wie sollte man da die gute Gelegenheit vorbeigehen lassen, die mit dem Deutschen Reiche verbündete Macht ein wenig zu verbädigen?

Arbeiter als Hilfsbeamte der Gewerbeinspektionen.

Man schreibt uns: Die Zahl der gewerblichen Anfälle hat trotz der vermehrten staatlichen und berufsgegenständlichen Aufsicht nicht abgenommen, nur die Zahl der schweren Anfälle ist — auf je 1000 Arbeiter berechnet — seit 1894 und besonders seit 1904 zurückgegangen. Um eine weitere Abnahme der Unfallhäufigkeit zu erreichen, wird von verschiedenen Seiten empfohlen, den Gewerbeinspektionen frühere Arbeiter als Hilfsbeamte zu überwachen. Aus im Reichstag sind wiederholt dahingehende Anträge gestellt worden. Dabei wird angenommen, daß frühere Arbeiter infolge ihrer genaueren Kenntnis aller Einzelheiten des Betriebes am besten wußten, an welchen Stellen Schutzmaßnahmen notwendig seien. Dem wurde von anderer Seite entgegengehalten, daß ein Arbeiter immer nur einen ganz kleinen Teil des Betriebes kennen lernt und daß es ihm daher bei dem weiten allgemeinen technischer Kenntnisse kaum möglich sein würde, außerhalb seines bisherigen engen Wirkungsbereiches irgend welche nutzbringende Tätigkeit in bezug auf die Unfallverhütung auszuführen. Es ist daher nicht ohne Interesse, einmal festzustellen, welchen Erfolg für die Unfallverhütung die in Bayern im Jahre 1901 durchgeführte Anstellung von Baufontrolloren aus dem Arbeiterstande gehabt hat. Wenn dadurch tatsächlich ein erhöhter Schutz der Bauarbeiter erreicht wäre, so müßte die Zahl der Anfälle in den Bezirken, in denen Baufontrolloren tätig sind, nicht nur im Laufe der Jahre allmählich abgenommen haben, sondern sie müßte auch geringer sein als in den Bezirken, in denen keine Baufontrolloren vorhanden sind. Ein Vergleich der Unfallhäufigkeit in Bezirken mit oder ohne Baufontrolloren läßt sich auf Grund der in den amtlichen Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes veröffentlichten Angaben über die Zahl der Anfälle in den einzelnen Baugewerbe-berufsgegenständen anstellen. Aus diesen ergibt sich, daß bei der bayerischen Baugewerks-Berufsgegenständlichkeit, in deren Bezirk Baufontrolloren tätig sind, in den Jahren 1905, 1906, 1907, 1908 und 1909 auf je 1000 Arbeiter 11,85, 15,27, 15,27, 16,72, 14,93 Anfälle entfielen, für die erstmalig Entschädigung gezahlt wurde. Bei den preussischen Baugewerks-Berufsgegenständen entfielen dagegen in den Jahren 1905, 1906, 1907, 1908 und 1909 auf je 1000 Arbeiter 10,76, 9,88, 10,46, 10,55, 9,67 Anfälle, für die erstmalige Entschädigung gezahlt wurde. Bei der bayerischen Baugewerks-Berufsgegenständlichkeit ist daher trotz der Baufontrolloren die Zahl der erstmalig abzurechnenden Anfälle auf je 1000 Arbeiter etwa 1 1/2 mal so groß wie bei den preussischen Baugewerks-Berufsgegenständen gewesen, außerdem hat sie mit Ausnahme des letzten Jahres seit 1905 ständig zugenommen, während sie bei preussischen im ganzen abgenommen hat. Einen gleichartigen Erfolg hat daher die Anstellung der Baufontrolloren aus dem Arbeiterstande bislang nicht gehabt.

Deutsches Reich.

* Zur Bewahrung der heranwachsenden Jugend. Der engere Vorstand des konfessionellen Landesvereins in Königsberg hat sich kürzlich in einer Sitzung mit den Befreiungen beschäftigt, die der heranwachsenden Jugend gewährt sind. Von allen Seiten wurde auf die schweren Gefahren hingewiesen, welche durch die struppellose Agitation der Sozialdemokratie unserer Jugend drohen. So dankbar die freiwilligen Befreiungen anerkannt wurden, die der Erhaltung der Jugend in vaterländischer Gesinnung gewährt sind, so wurde doch auch die Forderung geltend gemacht, daß der Staat selbst, und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung sich der Weiterbildung der aus der Volksschule entlassenen jungen Staatsbürger annehme und zielbewußt dafür Sorge, daß durch Ausübung einer geeigneten Fortbildung die Liebe zur Heimat gewahrt und gepflegt, die Kenntnis der Vaterlandsliebe wie das Verständnis der staatsbürgerlichen Pflichten eines jeden Einzelnen erweitert und die Achtung vor der Autorität besser demohrt werde, als dies jetzt der Fall sei.

* Nichtanstellung von Hofleuten. Die Meldung, daß in Preußen die Gerichtsschleusen, die die große Staatsprüfung nur genügend oder erst beim zweiten Male bestanden haben, nicht mehr zu höheren Staatsämtern zugelassen werden sollten, ist, wie die „Kreuzzeitung“ mittelt, völlig irrtümlich. Für die Anstellung im höheren Justizdienste gelten nach wie vor die Grundzüge, die der Justizminister wie bei der vorjährigen, so auch bei der diesjährigen (zweiten) Sitzung des Staats des Justizministeriums im Landtage, und zwar unter dessen Zustimmung, entwickelt hat. Von der Witterung, daß (im Westen) 23 solcher Hofleuten nicht auf Anstellung im Staatsdienste zu rechnen haben sollen, ist im Justizministerium nichts bekannt, auch wird dort diese Meldung als unzutreffend erachtet.

* Das Kaiserpaar ist demnach am getrigen Donnerstag in Karlsruhe eingetroffen. Um 1 Uhr fand im Reichsjugendklub Familien- und Marktball statt.

* Kaiser und Kaiserin. Der Reichskanzler ist gestern abend zum Vortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser von Berlin nach Karlsruhe abgereist.

* Hill und die Kaiserin. Wie aus Washington gemeldet wird, teilten nach einer Konferenz mit Laßt die Kongreßleute Leyer und Branley mit, sie würden ihre Hill-Resolutionen zurückziehen, da sie nunmehr überzeugt seien. Hills Kritik habe in seiner Beziehung zur Kaiserin geblieben.

* Zum Tode Adolf Woermann. Der Chef der Woermann-Linie und Reederei C. Woermann, Adolf Woermann, ist, wie wir schon telegraphisch meldeten, in Hamburg gestorben.

Adolf Woermann hat ein Alter von 63 Jahren erreicht; er wurde am 10. Dezember 1847 geboren. Nachdem er durch jahrelangen Aufenthalt im Auslande seinen Geschäftssinn und insbesondere die Kenntnis des überseeischen Handels erweitert hatte, trat er 1874 als Teilnehmer in die von seinem Vater begründete Firma ein, die er 1880 als alleiniger Inhaber übernahm. Unter seiner Leitung entwickelte sich das vorher schon bedeutende Unternehmen zu einem Weltgeschäft. Adolf Woermann hat sich um die Förderung unserer Kolonialpolitik mancherlei Verdienste erworben. 1884 erwarb er gemeinsam mit der Firma Janßen u. Thorndienken Kamerun und stellte es dem Deutschen Reich als Schutzgebiet zur Verfügung. Dann kaufte er regelmäßig, vom Reich unterstützte Dampferverbindungen mit unseren Kolonien. Eine Teilung war Woermann auch parlamentarisch tätig, von 1884—1890 gehörte er als Mitglied der nationalliberalen Partei dem Reichstage an.

* Zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Das Stockholmer Blatt „Svenska Dagbladet“ schreibt über den deutsch-schwedischen Handelsvertrag: Es ist schwerlich, schon jetzt eine klare Vorstellung darüber zu erhalten, was durch die Arbeit der Unterhändler für Schweden gewonnen und was vielleicht verloren worden sei. Zu großen und ganzen dürfte der Vertrag uns bedeutende Vorteile bringen, wenn auch kein Anlaß vorliegt, diese zu hoch einzuschätzen. Deutschland gewinnt nicht weniger als Schweden. Die deutschen Zeitungsunterhändler, die bisher vorliegen, erklären, daß die deutschen Unterhändler ihr Ziel erreichten. Sie sind zwar für uns nicht besonders erfreulich, doch sollten sie uns nicht hindern, einen Handelsvertrag anzunehmen, der der beste sein dürfte, der gegenwärtig zu erreichen war, und uns verschiedene bedeutende Vorteile bietet. Auch für Schweden würde ein Zollfreies mit Deutschland sicher ungelogen kommen und die Entwicklung unserer Industrie erschweren.

* Die württembergische Regierung an den Deutschen Landwirtschaftsrat. Wie uns mitgeteilt wird, hat das württembergische Ministerium des Innern dem Deutschen Landwirtschaftsrat über Maßnahmen zur Verringerung der Notlage des Weinbaues folgendes berichtet:

In Württemberg ist zur Verringerung des durch den Ausfall der Weinreife des Jahres 1910 unter der weinbaureichenden Bevölkerung verursachten Notstandes bereits zu Anfang dieses Jahres eine umfassende nationale Hilfsaktion eingeleitet worden. Diefelbe besteht insbesondere in der Gewährung von auf 2 bis 3 Jahre unergänzlichen und auf weitere 2 bis 3 Jahre zu

2 Prozent verzinshenden Darlehen aus der Staatskasse an bedürftige Weinbaugemeinden u. a. zum Zweck der Eingabe von Darlehen und Vorläufen an notleidende Weinränter oder zur Beschaffung der Mittel zur Befämpfung der Nebenkrankheiten und Beschädigungen (Kupferrotz, Schweiß usw.) für solche Weinränter. Außerdem werden außerordentliche Staatsbeiträge zu den Kosten kommunaler oder gewerkschaftlicher Straßen-, Fluß- und Wasserleitungsanlagen und landwirtschaftlicher Melioration bewilligt, die zum Zweck der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für notleidende Weinränter ausgeführt werden. Für die Darlehen sind vorläufig rund 450 000 RM, für die Notstandarbeiten rund 300 000 RM, vorgesehen. Weiterhin wird dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften anlässlich des nächsten Anstalles der Weinreife und der Ernte an anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Jahre 1910 ein außerordentliches Kredit von 1 Million Mark bei der Staatskasse zur Vertriebung des Kreditbüchchens für ihm angehörenden landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeräumt werden. Der Verband wird bezüglich der Aufnahmehöhe auf die bei dem Weinränterstand bestehende Notlage auf die Aufrechnung der seiner Kaufkraft bei der Ermittlung des Bezugs von Kupferrotz und Schweiß im Frühjahr und Sommer 1911 entstehenden erheblichen Verwaltungskosten, so daß die Preise für die genannten Mittel sich unter den Selbstkosten der Kaufkraft bewegen werden.

* Reise der Subkommission des Abgeordnetenhauses in Westpreußen. Wie uns mitgeteilt wird, wird die Subkommission des Abgeordnetenhauses, einer ursprünglichen Anregung des Vn. v. dem Bogen folgend, in nächster Zeit eine Informationsreise nach den linksseitigen und benachbarten holländischen Mooregebieten antreten. Die Reise, die anfänglich in der Woche vom 21. bis 27. Mai stattfinden sollte, wird voraussichtlich, da in diese Zeit der Himmelsturz fällt, in der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni erfolgen.

Preussischer Landtag. Abgeordnetentag.

66. Sitzung vom 4. Mai, 11 Uhr.

Ein Verzeichnis der von den Kommissionen zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachteten Propositionen wird im wesentlichen dem Kenntnisstande zugeht.

Es folgt die Beratung eines förmlichen Antrages der Sozialdemokratie auf Einstellung eines gegen den Abg. Dr. Diebstedt beim

Chrengericht der Anwaltskammer

zu Berlin schwebenden Verfahrens.

Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrages. Ausgangspunkt für die Erörterung bilden Äußerungen des Abg. Dr. Diebstedt auf dem vorjährigen sozialdemokratischen Parteitag, durch die er nach Auffassung der Staatsanwaltschaft über den Kaiser von Ausland und die preussische und bayerische Regierung beschimpfende Äußerungen getan und sich dadurch der Achtung, die sein Beruf erfordert, nicht würdig gezeigt hat. An der betreffenden deutsch-schwedischen Reise ist es u. a. der Reichstagskommission die preussische und bayerische Regierung, die den Repräsentanten der bayerischen, geschlossenen und hochverehrten Militärbehörde zu schämen wurden. Der Zar, dieser gekörnte Verbrecher... dieser fluchbedenkliche Mann möge hinausgeschickt werden, daß ihm die Luft vergeht, den deutschen Boden ferner zu betreten.

Abg. Diebstedt (Soz.): Der Reichstag gegen unseren Antrag beruht auf politischen Erwägungen.

Abg. Hören (Zit.): Wir sind gemäß der bisherigen Praxis des Hauses für Suspendierung des Reichstages.

Abg. Matthis (natl.): Trotz der besonderen Verhältnisse dieses Falles halten wir an dem bisherigen Brauche fest.

Abg. Diebstedt (fortsetz.): Wir halten ebenso an der bisherigen Praxis fest.

Abg. v. Brandenstein (konj.): Wir stimmen für den Kommissionsantrag. Die Kommission war schon beim Fall Ernst — ich betone: vorzüglich — der Ansicht, daß die bisherige Praxis der Beratung nicht entzifferbar. Die Verfassung willte lediglich Schutz gegen tendenziöse Verurteilung eines Abgeordneten oder ganzer Gruppen durch ein Strafverfahren. In diesem Sinne ist die Verfassung auch jahrzehntlang ausgelegt worden und Tinsion hat es überzeugend begründet. Seitdem ist man immer mehr dazu übergegangen, Privilegien für die Abgeordneten zu bilden. Schließlich hat man ja Ansprüche wie den vorliegenden zu behaupten nicht mehr ernstlich geprüft. Mit dieser Praxis zu brechen haben wir allen Anlaß. Im vorliegenden Falle wird bei Annahme des Kommissionsantrages der betreffende Abgeordnete in der Wahrnehmung seines Mandats nicht behindert. Ein Kommissionsmitglied heißt unseren Standpunkt gerechtfertigt, bestimmt ihn aber nicht ein Sozialdemokrat, in Frage kommt (Gesetzesrat).

Abg. v. Hören (natl.): Der Antrag ist eine Frage: Was kommt davon? Der andere: Ist es recht? Und dadurch untersteht sich der Freie von dem Anekdoten! (Lebh. Beifall.) Wir Konserativen fühlen uns frei und halten am Kommissionsantrag fest. (Stürmischer Beifall rechts, lücheln links.)

Nach kurzen Verrückungen der Abg. Ernst (Zit.) und v. Zahn (natl.) (Bele), Diebstedt (Soz.), Friedberg (natl.) und Well-Eisen schließt die Erörterung. Auf Antrag des Abg. v. Brandenstein (konj.) ist die Abstimmung namentlich. Der Kommissionsantrag wird mit 123 gegen 113 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Damit ist der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Kleine Vorlagen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage über die Befehlshaber der blinden und taubstummen Kinder.

Abg. v. Hören (konj.): Wir billigen die Tendenz der Vorlage, einen aber, daß die neuentstehenden Klassen der Staat übernehmen muß. Die blinden und taubstummen Kinder müssen soweit herangebildet werden, daß auch sie Freude am Leben haben. (Beifall.)

Abg. Behr. v. Seibitz (konj.): An der Frage der Stellenverteilung darf das Gesetz nicht scheitern. Um dieses Anstaltswesen nicht scheitern zu lassen, stimmen wir für die Festung des Gesetzes.

Hg. Schmeberg (Hr.): Wir begrüßen die Vorlage mit Freuden.

Hg. Dr. Schröder (Hr.): Auch wir halten den Entwurf für notwendig, wünschen aber mit Herrn v. Rölling, daß der Etat nicht alle Kosten auf die Provinzen und Kreise abwälze.

Nach aufzunehmenden Bemerkungen des Hg. Ernst (fortf.) betont

Hg. Stegani (Hr.): Der Entwurf ist für uns unannehmbar, wenn den beteiligten polnischen Städten die Muttersprache vorkommen wird.

Hg. Dr. Reichardt (Hr.): Der Nationalitätenrat darf nicht in die Entscheidung gezogen werden. Darum unterstützen wir die Stellungnahme des Reichsrats. Konfessionalisierung ist hier besonders vom Belie.

Die Vorlage geht an die Unterrichtscommission. Zur ersten Lesung des Entwurfs über die Auflösung der Terzialverhältnisse im Regierungsbezirk Straßburg bemerkt

Hg. Hr. v. Walzow (Hr.): Nach dem Entwurf sind Terzialverhältnisse nur noch: 1. die Hofämter des ersten Grades eines Terzialamtes, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geboren sind oder bis zum 30. Tage danach geboren werden, und 2. die nach dem bisherigen Rechte Terzialberechtigten Witwen, welche die Ehe vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen haben und zwar nur dann, wenn ihr Recht rechtzeitig angemeldet und festgestellt ist. Die Terzialverhältnisse sind ein überlebter Rechtszustand. Wo die Terzialverhältnisse bisher aufgelöst sind, haben sich Schwierigkeiten nicht ergeben.

Die Hg. Dr. Krowat (Hr.) und Kippmann (fortf.) stimmen zu.

Randwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer: Die Änderungen des Schreienbaues finden die Zustimmung der Regierung. Die Erörterung schließt. Kommissionsberatung wird nicht beantragt. Die zweite Lesung findet also sofort im Plenum statt.

Das Haus verlag sich. Freitag 12 Uhr: Eisenbahnangelegenheit. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

106. Sitzung vom 4. Mai, 2. Uhr.

Am Bundesratssitzung: v. Bismarck, Werntz auf der Tagesordnung stehen

Rechnungsachen.

Koloniale Rechnungen aus den Jahren 1904 und 1905 werden zum Teil der Rechnungscommission überweisen, zum Teil auf anderer Leistung genehmigt. Zu einer Rechnungsnote aus dem Jahre 1901 beantragt die Budgetcommission eine Entschädigung, daß den mit der selbständigen Zeitung von Bauten betrauten Beamten erneut zur Pflicht gemacht wird, den Notensatz und Bauplan freigelegt einzubringen und Abweichungen nicht ohne Genehmigung vorzunehmen.

Hg. Hesse (Hr.): Eine weitere Entschädigung der Kommission zur Sprache, wonach die strenge Durchführung der Haftung der Beamten verlangt wird. Gegen Etatüberweisungen, wie die des Gouverneurs v. Büttner muß scharf vorgegangen werden.

Hg. Gruberger (Hr.): Eine Disziplinaruntersuchung ist in solchen Fällen notwendig. Mit bloßen Resolutionen kann man den arbeitsfähigen Beamten nicht imponieren.

Hg. Dr. Goerde (Hr.): Das ging in den vorgebrachten Fällen nicht, denn die Leute waren nicht mehr Beamte. Die Resolutionen werden angenommen. Es folgen

Petitionen.

Der Verband Deutscher Wälderinnen, der Preussische Landesverband der Daus- und Grünbesitzervereine wünschen Aufhebung der räumlichen Kraft der Wälderverordnung, Beschränkung der huldigen Vorschriften auf neue Anlagen oder wenigstens Anhebung an die Wälder, die größte Umficht und Wälder in der Zuschreibung stellen zu lassen. Die Kommission beantragt Vereinfachung zur Erleichterung.

Hg. Dr. Goerde (Hr.): Ich empfehle Kommissionsberatung. Soziale Maßnahmen haben nicht bei den Arbeitern aufzugehen. Soziale Maßnahmen haben nicht bei den Arbeitern aufzugehen.

Hg. Schefel (Hr.): Die Wäldermeister werden ruiniert. Es sollen das Kennfeld für soziale Experimente sein. Wo bleibt das Kennfeld? Dem Wandern muß geholfen werden? Ich bitte, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Hg. Hinder (Hr.): Wie verlangen Uebergang zur Tagesordnung. Die Verordnung muß verjährt werden. Sie hat sehr auf die Meinlichkeit in den Wäldern gewirkt.

Hg. Wüthler (fortf.): Vor einer Ueberparung der Durchführung der Verordnung muß geändert werden. Eine Durchführung in kurzer Zeit wäre eine Härte. Dem Kommissionsantrag stimmen wir zu.

Hg. Hr. v. Gany (Hr.): Wie kämpfen seit Jahren gegen die schroffe Durchführung der Verordnung. Ein Heiler ist, daß die Durchführung den verbündeten Regierungen obliegt. Der Reichstag selbst muß die Verantwortung übernehmen. (Sehr richtig!) Wir sind hier für eine großzügige Sozialpolitik eingetreten, aber gegen diese Art der Gesetzgebung haben wir schwere Bedenken.

Hg. Nieberg (Hr.): Die Regierung muß endlich den Wünschen Folge leisten. Alle Wälder sind mit Vorschriften über Überzeit eingehalten. Die Sozialdemokraten sollten vor ihrer eigenen Tür stehen, denn man hat auch über eine sozialdemokratische Wälder Entschuldigungen. Wir dürfen nicht mit Entzügen spielen. Der Reichstag ist feinerzeit den Beweis für seine Verantwortungen schuldig geworden. Die Wälderverordnung wird in unangenehme Weise angewendet. (Präsident Graf Schwerin-Waldruig rügt diesen Ausdruck.)

Hg. Giesbert (Hr.): Mithstände haben zweifellos in Wäldern bestanden. Die Wälder haben sich meistens mit der Verordnung abgefunden. Sinter den Petitionen stehen nicht die Wäldermeister, sondern die Hausbesitzer. Die Unreinlichkeit darf man aber nicht befeuern.

Hg. Kayß (fortf.): Die Bestimmungen der Verordnung sind zu bürokratisch. Sauberkeit und Meinlichkeit sind nicht abhängig von 2 Zentimeter größerer Höhe der Laubbäume. Mit Entzügen ist vor allem bei der Tabakfabrik gespielt worden.

Hg. Wibel (Hr.): Durch meine damalige Vorrede ist erst auf die grauenhaften Zustände in den Wäldern hingewiesen worden. Die Befragung schließt. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Petition der Vereine „Frauenwohl Groß-Berlin“ und des Landesvereins für Frauenhilfsvereine verlangt den Erlass eines Reichsgesetzes.

Hg. Dr. Pfeiffer (Hr.): Der Erlass eines solchen Gesetzes ist ein Notwendigkeit. Die Zustände können so wie jetzt nicht bleiben.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (fortf.): Ich bitte die Regierung, die Vorarbeiten zu dem Gesetz endlich zu beschleunigen. Dem glänzenden Glanz im Theaterbetriebe muß ein Ende bereitet werden.

Hg. Hg. (Hr.): Auch wir beklagen das langsame Tempo der Regierung. Besonders die Lage der weiblichen Pensionsinhaber ist trübselig.

Der Kommissionsantrag auf Ueberweisung als Material wird angenommen. Eine Petition verlangt Anerkennung der Gewerbeordnung Letz. Arbeitszeit in Ruggelstätten.

Hg. Albrecht (Hr.): Die Arbeiterinnen der Buchbranche bedürfen des Schutzes. Das Publikum wird sich schon daran gewöhnen.

Hg. Manz (fortf.): In der Buchbranche darf nicht mit der Schlichter vorgegangen werden. Einzelgeschäfte müssen immerhin bestehen. Das Publikum nachkommen.

Hg. Giesbert (Hr.): Die Petition ist unannehmbar. Das Haus beschließt die Ueberweisung zur Erwaugung.

Eine Petition auf amtliche Zulassung der Altschrift (Antiqua) beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Hg. Stengel (fortf.): Auch die Altschrift begründet den Antrag, wendet sich aber bald unter wachsender Umfange gegen den Kommissionsantrag. Mit dem Deutschem ist die Frage der Schrift nichts zu tun. (Sehr richtig! Widerspruch.)

Präsident Graf Schwerin: Wenn Sie Ihre persönliche Ansicht vortragen wollen, müssen Sie sich besonders zum Wort melden.

Hg. Stengel (fortf.): Auch die Altschrift auf die Staatsanwaltschaft verlangt die Altschrift. Wer ein Jahr keine deutsche Schrift gelesen hat, hat sie vergessen. (Gelächter.) Das Haus verlag sich auf Freitag 1 Uhr. Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Marokko.

Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Der mehreren hiesigen Morgenblättern telegraphisch übermittelte Artikel der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ über künftige Möglichkeiten bei der Behandlung der Marokkofrage und die deutsche Stellung dazu rührt sich weder von einer Berliner noch von einer Wiener amtlichen Stelle her. Was in Berlin zur marokkanischen Frage zu sagen war, ist hofamtlich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gesagt. Es liegt zurzeit kein Anlaß vor, darüber hinauszugehen. Was die österreichisch-ungarische Regierung betrifft, so ist sie über die Ansichten der Berliner amtlichen Stellen durchaus unterrichtet. In beiden Stellen hat man keine Neigung, sich schon im voraus über hypothetische Möglichkeiten der Entwicklung der Dinge in Marokko und ihre Wirkungen auf die politische Lage zu verbreiten. Eine Nachricht aus Paris besagt, daß die französischen Minister Monis, Bertaux und Cruppi am Donnerstag vormittag eine Besprechung in der Marokko-Angelegenheit hatten.

Der französische Konsul in Fez sagt in einer Meldung über den Einzug der Kolonne des Majors Brémont am 26. April: Alle Instruktionen seien vollauf. Der Kampf war ein kritischer, die Stämme unterworfen sich nicht, die Pflichten waren erfüllt. Es herrsche Mangel an Lebensmitteln und die Notwendigkeit einer neuen Zufuhr bleibe eine dringende. Der englische Konsul Mr. Wood meldete dem englischen Gesandten in einem Schreiben vom 26. April, die Lage sei bedenklich. Der deutsche Konsul kam der Mahalla Fremonds entgegen, um die französischen Instrukturen zu begreifen.

Bei Redaktionschluss wird uns noch gedruckt: Paris, 4. Mai. Die Regierung hat die Nachricht von der Ankunft des Majors Brémont in Fez erhalten. Am 23. April hatte die Regierung Befehl gegeben, die bei Casablanca gebildeten Hilfskolonnen sogleich nach Tarzart am Fuße der die Umgebung von Fez beherrschenden Höhenzüge zu dirigieren. Dieser Befehl, der aufrecht erhalten wird, wird der Hilfskolonnen geteilt, sich mit den französischen Instrukturen und den schießlichen Streikräften in Verbindung zu setzen und die Verproviantierung der Stadt zu ermöglichen. Wie Nachrichten aus Fez vom 20. April besagen, ist die Stadt eingeschlossen, die Lebensmittel sind knapp, die Stämme haben sich nicht unterworfen. Andererseits meldet General Zante, er sei ohne Zwischenfall in Fez angekommen und komme dem ihm vorher zugegangenen Befehlen nach, wonach der Mutine nicht übergriffen werden soll.

Schlimme Nachrichten aus Serbien.

Wie aus Kragujevac gemeldet wird, sind 150 Arbeiter der militärischen Fabriken wegen Teilnahme an Demonstrationen gegen die Armee entlassen worden. Dem „Wall Journal“ zufolge beabsichtigen die Offiziere der Kragujevacer Garnison, sogleich um ihre Entlassung nachzusuchen, wenn der Armee für die Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai, wobei ein Offizier mit Steinen beworfen und mit Steinen geschlagen wurde, nicht volle Genehmigung geboten werde. — „Rovo News“ fordert die Regierung auf, der sich ausbreitenden Anarchie, welche in offener Auflehnung gegen die Staatsgewalt Ausdruck finde, energisch entgegenzutreten.

Handelsminister Hieronymi. Der ungarische Handelsminister Hieronymi ist am 4. Mai nach längerer Krankheit im Alter von 74 Jahren gestorben.

Die Reform der russischen Polizei. Ein Entwurf zur Reform der Polizei ist im russischen Ministerrat eingebracht worden.

Die glänzende Lage des russischen Reichshauses. In der Session der Reichsduma für März und April, wenn der Reichstag für die Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai, wobei ein Offizier mit Steinen beworfen und mit Steinen geschlagen wurde, nicht volle Genehmigung geboten werde. — „Rovo News“ fordert die Regierung auf, der sich ausbreitenden Anarchie, welche in offener Auflehnung gegen die Staatsgewalt Ausdruck finde, energisch entgegenzutreten.

Arbeiterverversicherungsgehe in England. Im englischen Unterhaus brachte Lloyd George, der nach längerer, durch Krankheit verurachtete Abwesenheit gestern wieder im Unterhaus erschienen war, den nationalen Versicherungsvergesetzentwurf ein. Der Gesetzentwurf gliedert sich in zwei Teile, wovon einer die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft.

Aus der Wandfabrik. Wie aus Garbin gemeldet wird, beunruhigen von chinesischen Truppen gestreute Chundunfabriken wiederum die Bewohner der umliegenden Dörfer. Eine Truppenabteilung, welche die Wälder verfolgte, wurde durch ein

Roboterregiment aus Mitten verjährt. Der neue Generalgouverneur erludte um Entsendung einer jessigen Division nach der Wandfabrik.

Zur Lage in Mexiko erfahren wir weiter aus New-York: Wie aus Mexiko in Texas gemeldet wird, sind die Aufständischen, nachdem sie die Belagerung von Dimaga hatten aufgeben müssen, am 3. cr. bei Elago nach sechsständigem Kampf gefesselt worden. Die Negierungsstruppen verloren fünfzig Tote, die Verluste der Aufständischen sind unbekannt.

Japan. Die Zentralfinanzbehörde, ein Wert von strategischer und kommerzieller Bedeutung, ist am 4. cr. eröffnet worden. Die Kasse der japanischen Reichsbank hat sich um 10 Millionen Yen erhöht. Die japanischen Zeichnungen waren gering. — Graf Teruchi reist nach Korea ab.

Aus Mail und Fern.

Zuschreibung Brandkatastrophe. Die Katholik Defarita (Komitat Szilagy) steht seit Donnerstag mittag in Flammen. Die Kirche, das Schulhaus und 6 Häuser mit Nebengebäuden sind bisher niedergebrannt.

Das Verbleiben der belgischen Armee. Wie die Wallfleurer Nachrichten berichten, ist der Entzugbeland der belgischen Armee sehr gut. Die Entzugbeland nimmt einen normalen Verlauf. Bulletin werden nicht veröffentlicht.

Die Pest. Eine Depesche des Amsterdamer „Handelsblad“ aus Batavia meldet, daß in der Stadt Soerabaya der Ausbruch der Pest festgestellt worden ist. Nach einem weiteren Telegramm am 4. cr. sind in der Stadt Soerabaya 1000 Menschen an Pest gestorben. 111 Personen starben an der Pest. — Coblenz besagt eine Drahtnachricht aus Brüssel: In der Kammerung am 4. cr. erklärte der Minister des Innern, daß im Osten von Antwerpen sofort nach der Entdeckung eines gefährlichen Falles alle erforderten Maßregeln getroffen worden seien, trotzdem die Pest nicht festgestellt werden konnte.

Bei der Explosionskatastrophe in Caparica (Portugal) wurden zehn Personen schwer verletzt. Getödt wurde niemand. Ein Millionenvermögen. Der kürzlich verlebte belgische Großhändler Harlot in Kassel hat der Stadt belohnend eine Million Reich zur Errichtung eines Heims für arme Kaufleute vermacht.

Sum Seeprozess Matise. Auf Grund gerichtlicher Untersuchung wurde geteilt die Transportfähigkeit des Matise bejahrt und seine Ueberführung aus dem Sanatorium in das Wälder Untersuchungsgefängnis angeordnet. Ein Antrag wurde auf Ueberführung des Matise in der Angelegenheit in ein freiwilliges Automotil gestellt und nach Berlin überführt.

Feuergefahr Explosion. In der technisch-identischen Fabrik von Richard Wühling zu Breslau explodierte Donnerstag mittag im Seideraum ein Kessel mit Benzol. Der Inhaber der Fabrik, Eduard Wühling, und der Arbeiter Wühling schmerzt leicht im Krankenhaus geliegt. Die Fabrik ist keine Aussicht vorhanden, daß er am Leben bleibt. Das einstöckige Gebäude des Seideraums ist vollständig niedergebrannt.

Proving Sachsen und Umgebung.

Vortrag über Jugendpflege.

Am Dienstagabend hielt in Sangerhausen von einer zahlreichen Versammlung aus Stadt und Land der Rektor Demrich in Naumburg, e. einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Jugendpflege und sprach den Wunsch aus, daß für die gesamte Jugendpflege im Regierungsbezirk Merseburg eine Organisation geschaffen werden möchte, in welche die Vereine und die Jugendvereine einfließen könnten. Von den Ortsausstellungen wären u. a. vorzustellen: gemeinsame Feste an patriotischen Gedenktagen, Unterhaltungsabende, Wettspiele, Wanderungen, Wettturnen und Kriesspiele. Außerdem wären Jugendheime, Lesekabinen, Spiele und Spielplätze einzurichten. Die Herren Sangerhausen, Naumburg und Arnstadt sind in der Jugendvereine, welche die Veranlassung einberufen hatten, stellen ihrerseits eine kräftige Förderung und Unterstützung in Aussicht.

Obsterkautschichten.

Aus Freiburg a. N. wird uns geschrieben: Der Fruchtanfang der Reichen ist ein vorzüglicher, so daß wir hier auf eine reiche Ernte hoffen dürfen. Auch Aprils Wein und Apfel, welche verläßt sind, berechnen sich den besten Sommerernte entgegen. Die Reiche sind die Johannis- und Stachelbeerfrüchte sein. Bei den letzteren beginnt jetzt die Ernte der zum Einfeineln geeigneten grünen Beeren. Die Weinfrüchte haben ebenfalls sehr zahlreiche Trauben angefüllt. Der Preis für den Zentner Habarber ist von 20 Mk., wie er anfänglich war, auf 14 Mk. gesunken.

Naumburg, 5. Mai. (Einführung des neuen Bürgermeisters.) In der gestrigen Sitzung der Naumburger Stadtratsversammlung wurde durch Oberbürgermeister Reimarus der neue Bürgermeister Schmiedel aus Kolberg in sein Amt eingeführt.

Bad Hüb. 4. Mai. (Die neue Solequelle.) Unter Leitung des Geheimrats Borchgrevink ist nunmehr vor einigen Tagen bei der neuen Bohrung ein mächtiges Solepfundel in einer Tiefe von 670 Metern erschlossen worden. dessen Ergiebigkeit so bedeutend ist, daß sogar eine Entnahme von 12-15 Kubikmetern in der Stunde den Spiegeln nicht sinken würde. Von Zeit zu Zeit steigen große Sulfidwasserbläschen auf, die Wärme der Sole betragen 12 Grad Celsius. Der Gehalt an Salz und sonstigen Mineralien ist bedeutend, etwa 27 Prozent, das Wasser ist von grau-milchiger Färbung. Die Ergiebigkeit dieser ergiebigsten Sole ist also eine ungeheure und damit ist Keien als Bodort in ein neues Stadium seiner Entwicklung eingetreten. Ein Vertreter der Bergbehörde trat gestern zu weiterer Begutachtung hier ein.

Haderstadt, 4. Mai. (Ein Familien-drama) hat sich im benachbarten Schöbe am Südburg abgepielt. Der etwa 50jährige Maurer und Steinenmacher Wilhelm Störmer geriet mit seiner Ehefrau in Streit, wobei er die Frau dem Besessenen einen Schlag in den Hinterkopf beibrachte. Die Frau hat nach wenigen Stunden an der schweren Verwundung. Der rohe Mensch wurde verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Sargberg zugeführt.

Wittenberg, 4. Mai. (Festelmarkt.) Gestern waren auf dem Festelmarkt abgehaltenen Wochenfestmarkt insgesamt 1200 Stück Rindvieh zum Verkauf angeboten. Es wurden 18 bis 30 Mark, nach Qualität, für das Rind bezahlt.

Deßau, 4. Mai. (Hofgärtnermeister von Fabrice?) Wie der „Anb. St.-Anz.“ meldet, ist der Herzogliche Hofgärtnermeister und Kammerer Wilhelm Fabrice vorwiegend in Wittenberg, wo er zur Zeit verbleibt, gestorben. Ders. von Fabrice wurde am Freitag, wie bekannt, von einem Gehirnschlag betroffen, von dem er sich nicht mehr erholte.

Kongresse und Ausstellungen.

W. Der 15. Kongress der Internationalen Union der Frauenvereine wurde am 4. cr. in Rom in Gegenwart des Königs, der Minister und anderer Würdenträger unter zahlreicher Beteiligung aus allen Kulturländern auf dem Kapitol feierlich eröffnet. Der frühere Ministerpräsident Lugatti hielt die Eröffnungsvorrede.

